

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Nr. 18.

Breslau, Dienstag, den 22. Januar 1918.

29. Jahrgang.

Oesterreich-Ungarn.

Regierung und Arbeiter.

Da in Wien zur Zeit nur eine Zeitung erscheint, die „Mitteilungen an die Arbeiter“, hat sich die Verichte stattung aus dem österreichischen Parlament stark verzögert und wir sind gezwungen, das Nachstehende dem Berliner „Vorwärts“ zu entnehmen:

Der Arbeiterschaft Oesterreichs, der sich das Proletariat Deutschlands durch Bande der stärksten Solidarität verbunden fühlt, gilt unser Gruß! Unsere Leser haben gestern die neue Erklärung des Grafen Czernin zur Kenntnis genommen, und sie haben mit uns gefühlt, daß aus dieser Erklärung noch etwas anderes klingt als Ministergesinnung und Diplomatenwitz. Es liegt in ihr ein Ton kategorischer Bestimmtheit, und man hat den Eindruck, daß sich in ihr ein Wille aufrechtsetzt so stark, wie es nur der Wille von Massen sein kann.

Aus den Worten des Grafen Czernin sprachen diesmal die Völker Oesterreichs, sprach vor allem das österreichische Proletariat. Die Regierung Oesterreich-Ungarns, die seit dem 28. Dezember mit ihren Völkern nicht einig war, ist es jetzt wieder geworden, und die Erklärung Czernins ist die Formel, auf der sich die Einigung vollzogen hat.

Auf den Willen des Volkes gestützt, kann die österreichisch-ungarische Regierung eine starke Politik treiben, eine starke Friedenspolitik, und daß sie die treiben will, hat sie ja wiederholt selbst erklärt.

Dieses neue Gelübnis wäre nicht notwendig gewesen, wenn nicht inzwischen Ereignisse eingetreten wären, die das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Diplomatie erschüttert hätten. Jetzt sagt Graf Czernin:

Ich habe und bürge dafür, daß der Friede unserer Welt nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe.

Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsschädigungen.

Nach dieser Erklärung darf es in Breslau-Witowsk keinen Streit mehr darüber geben, in welcher Form die Bevölkerung der besetzten Gebiete ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen. Ohne Hintergedanken werden sich die Unterhändler gemeinsam mit den Russen bemühen müssen, diejenige Form ausfindig zu machen, die der Bevölkerung die freie Befundung ihrer Willens am vollkommensten gewährleistet.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß das österreichische Ereignis eine tiefgreifende Rückwirkung auch auf Deutschland haben muß, uns brochte, als Frucht der alldeutschen Propaganda, nicht nur das Scheitern der Friedensverhandlungen mit Rußland, sondern auch die völlige weltpolitische Isolierung. Diese Gefahr kann nur dadurch überwunden werden, daß die deutsche Regierung entschlossen an die Seite des österreichischen Bundesgenossen tritt.

Würde sich die deutsche Regierung anders verhalten, so wäre die Folge davon die, daß zwar Oesterreich-Ungarn und Rußland in ein dauerndes Freundschaftsverhältnis kämen, daß aber Deutschland davon ausgeschlossen bliebe. Das heißt, wir würden durch den Frieden keinen einzigen neuen Freund gewinnen, aber wir würden den letzten nachbarlichen Freund verlieren.

So wie die Arbeiter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in ihrem festen Friedenswillen eine geschlossene Front darstellen, so möge auch zwischen den offiziellen Vertretungen der Völker eine Front hergestellt werden.

Die deutsche Regierung darf nicht sich unter dem Druck dieser Agitationen vom eigenen Volke isolieren. Oder sollte sie einem Zustand entgegensteuern wollen, von dem man sagen könnte: Oesterreich-Ungarn, Rußland und das deutsche Volk sind sich über den Frieden einig, nur die deutsche Regierung macht nicht mit? Ein solcher Zustand müßte keine inneren Folgen haben, denen jeder mit Verstand begabte Staatsmann aus dem Wege gehen wird.

Der Kampf, den die deutsche Sozialdemokratie um den Frieden führt, ist schwer, und der Gegner, gegen den sie zu kämpfen hat, ist stark und zäh. Aber der Fortschritt, der in Wien erzielt worden ist, weiß zuversichtlich. Wir grüßen die Arbeiter Oesterreich-Ungarns und sagen ihnen: Auf dem Schlachtfeldern hat sich erst Blut mit dem un-

gemischt. Jetzt geht es um den Frieden, und da sind wir und bleiben wir eure Bundesgenossen!

Eine Rede Viktor Adlers.

Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hielt eine sehr wichtige Sitzung ab, in der Genosse Dr. Viktor Adler eine bedeutende Rede hielt.

Zu Beginn der Sitzung nahm Genosse Seitz das Wort. Breite Massen des Volkes sind beunruhigt über die Verhandlungen in Breslau-Witowsk und denken nur daran, wie diese so rasch als möglich im günstigen Sinne abgeschlossen werden können. Er stellte daher den Antrag, in Abänderung der Tagesordnung zunächst in die Beratung der Friedensfrage einzutreten. Das wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen und Viktor Adler ergriff das Wort:

Die russische Revolution hat beseitigt, was für unsere Vorkämpfer den Krieg ermöglicht hat. Nicht nur wir, sondern alle Welt hat sich gefreut: Der Alp des Parismus müsse endlich entfernt, Europa müsse befreit werden. Nun ist das durch die eigenen Hilfsmittel der russischen Völker geschehen. Wir stehen heute vor der Möglichkeit des Friedens und darum hat alle Welt die Ueberzeugung, der Friede darf durch Fragen des Prestiges, der Fragen von Zukunftspunkten nicht hinausgeschoben werden. Nun sieht man plötzlich, daß die Verhandlungen in einem Tone und in einer Art geführt werden, von der man sagen muß:

so macht man keinen Frieden.

Man würde dabei Rußland unterschätzen und die ganze Weltlage falsch beurteilen. Es entstand endlich eine Hoffnung und nun sehen wir, daß diese Hoffnung plötzlich zu verwinden scheint. In diesem Moment ist ohne jedes Signal, ohne jede von der sozialdemokratischen Partei gegebene Parole, in den Reihen der Gedankt wach geworden: Wenn diese Hoffnung vergeht und nichts zu essen da ist, haben wir nichts mehr zu verlieren.

Das ist die Stimmung in der Bevölkerung.

Wir können nicht schweigend zusehen, wie ein paar Herren in Breslau-Witowsk ihre Politik, vielleicht die Politik anderer machen und das Schicksal der Friedensverhandlungen vielleicht gegen den Willen der österreichischen Friedensunterhändler aufs Spiel setzen. Man kann in Breslau-Witowsk nicht verhandeln ohne die Völker Oesterreichs mit am Tische sitzen zu lassen. Wenn auch nicht als Person, aber es muß doch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für unser aller Schicksal dort am Tische sein. Wir müssen von der Regierung hören, was sie will. Die Ausschaltung des Parlaments bedeutet nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Massen draußen eine ganz unumgängliche Situation. Es kann nicht zugegeben werden, daß die Abgeordneten stumm sind und aus den Zeitungen erfahren müssen,

daß ein General auf den Tisch schlägt,

mit dem Säbel gerasselt wird und der Friede in Gefahr kommt. Bei der Politik ist weder das österreichische noch das deutsche Oberkommando notwendig. In allen Säkern und selbst bei jenen Staatsmännern der Entente, die am meisten gemöhnt sind, durch aufgeregte Reden das Kriegsfeuer zu unterhalten, ist das Bewußtsein lebendig, daß der Krieg nicht fortgehen könne und zu Ende gebracht werden müsse.

Wir wollen den allgemeinen Frieden, wir wollen ihn bedingungslos,

wir knüpfen daran nicht die Erwerbung eines Königreichs. Die sozialdemokratische Partei hat die Selbstständigkeit Polens von jeher als eines der Ziele der Demokratie angesehen. Sie ist auch heute dafür. Sie wäre auch für eine Angliederung Krakaus an Warschau zu haben, nicht aber für eine Angliederung Warschaws an Krakau. Wenn die Verhandlungen in Breslau-Witowsk nicht vernünftig geführt werden,

werden wir die Möglichkeit verpassen,

daß sich an die Verhandlungen über den Separatfrieden der allgemeine Frieden schließt; denn die Verhandlungen in Breslau-Witowsk haben eine Bedeutung weit über das Verhältnis zu Rußland hinaus. Die vom Grafen Czernin aufgestellte Formel hat uns in Europa das Ansehen verschafft, daß wir die möglichen Träger der Lösung des Weltkonflikts sein können. Das soll nicht verkümmert werden. Wir verlangen, daß dem Parlament fortlaufend über die Dinge, die in Breslau-Witowsk und sonst in der Welt vorgehen, Auskunft gegeben werde, aber wir verlangen auch, daß uns nicht nur erzählt wird, was vorgeht,

sondern auch hört, was die Massen aller Völker denken.

Mit den Versuchen der Verschweigungen und Verschleierungen möge man endlich aufhören. Es geht nicht an, daß man in den Zeitungen liest, was in England, Frankreich, Deutschland und Rußland vorgeht, dabei aber über Oesterreich nichts erfährt. Hat man ja sogar ernsthaft versucht, die gegenwärtige Auslandsbewegung in Wien und Niederösterreich, von der jedermann weiß, in den Zeitungen zu unterdrücken. Durch das Zotschweigen solcher Dinge müssen die abenteuertesten Gerüchte entstehen. Es geht nicht an, die ohnehin schwierige Lage durch die Zensur noch zu erschweren. Zu den Ernährungsbeschwerden möchte ich nur ganz kurz sagen: Man muß mindestens so viel tun, daß die begründete Meinung entsteht,

daß das Hungern nicht weiter gehen wird, als es unbedingt gehen muß. . . . Wir verlangen, daß die Regierung alles tut, einen dauernden, allgemeinen Frieden herbeizuführen.

Der deutsch-bürgerliche Abg. Zenker sagte:

Man glaubt durch Unterdrückung der Zeitungen und Ausschaltung des Parlaments etwas zu erreichen und sieht nur die Gefahren, die aus der Stimmung des Volkes für den Frieden entstehen können, nicht aber die Gefahren, die durch ungeschickte Vertreter heraufbeschworen werden. Das Bürgerium will ebenso wie die deutsche Arbeiterschaft lediglich einen Frieden ohne Anzügen und

würde sich gegen ein Scheitern der Verhandlungen mit allen Mitteln stellen.

Ich warne die Regierung, heute eine Klasse gegen die andere auszuspielen. Das deutsche Bürgerium hat nicht die Absicht, für den Gewinn von Kiga den Krieg auch nur um einen halben Tag weiter zu führen. Die Zugehörigkeit der Ostsee-Provinzen zu Preußen ist auch für das deutsche Bürgerium kein Kriegsspiel. Die täglich gezeichneten Ereignisse, in Wien Siegfriedensverhandlungen abzuhalten, berechnen schon, wie ein durch und durch deutsches Bürgerium über diese Frage denkt. Es ist daher nicht verständlich, warum man eine Volksabstimmung in Polen nicht zulassen wolle. Es ist das ein Beweis dafür, daß wir und noch mehr Deutschland eine solche Abstimmung nicht riskieren können gleichwohl aber dieses Land haben möchten. Das jüngst veröffentlichte Programm Wilsons könnte die Grundlage zu einer Diskussion bieten. Ich warne davor, die Verhandlungen in Breslau-Witowsk durch einen schnoddrigen Ton oder durch Selbsttäuschung zu gefährden.

Auf diese Angriffe im österreichischen Parlament folgte die Erklärung des Grafen Czernin und da sie, wie die Berichte aus Oesterreich zeigen, nicht genügt, den Sturm zu beschwichtigen, hat nun der Ministerpräsident von Seidler selbst

einen Arbeiter-Rat

empfangen und erklärt:

Es ist der sehnsüchtigste Wunsch des Kaisers, sobald als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. In der Zeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so fällt die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die all die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausgeschlagen haben. Dessen ungeachtet hält die Regierung an dem Ziel eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest.

Internationale Vereinbarungen über

Abkürzungen und über Schlichtungsrichte

Siehe dazu nach seiner Ueberzeugung die geeigneten Grundlagen. Da keine territorialen Erwerbungen auf Rußlands Kosten von der I. u. I. Regierung angekrebt werden, werden daran auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung Polens wird es überlassen bleiben, durch Volksabstimmungen auf breiter Grundlage ihre Staatsordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gemächte konstituierende Versammlung, deren Einberufung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen soll. Die Forderung der russischen Regierung nach Abzuzug der besetzten Gebiete müßte die I. u. I. Regierung allerdings ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an anderen Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten deutschen Rußlands diese Gebiete nicht ohne Gefahr des russischen Interesses geräumt werden können, doch wird bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können.

Da die Monarchie bei Lösung aller dieser Fragen nicht von einem eigenständigen Vorgehen ablassen kann und bereit ist, den russischen Wünschen soweit entgegen zu kommen, als die österreichisch-ungarischen Interessen es erlauben, so ist die Lösung des Weltkonflikts durch die Entente nicht zu erwarten.

Schwere Anklagen gegen die Zensur.

Die Redner der Mehrheitsparteien gegen die Handhabung durch die militärischen Stellen. — Die Vaterlandspartei und die Offiziere.

Der Hauptauschuss des Reichstags setzte am Sonnabend die Beratung über Belagerungszustand und Zensur fort.

Abg. Erdmann (Centr.):

Nach den jahrelangen Erfahrungen geht das Gesamturteil dahin, daß auf beiden Gebieten eine durchaus parteiische Praxis besteht, ein Uebelwollen bei den Generalkommandos gegen die Mehrheit des Reichstages. Infolge Angriffe auf einzelne Personen der Reichstagsmehrheit sind unpolitische Personen in die Reichstagsmehrheit hineingekommen. Da redet man von der Aufgabe der Zensur, den Bürgerlichen zu wahren. Die Artikel gegen Bethmann-Hollweg würden im Frieden strafrechtlich verfolgt werden. Was sind das für Juristen, die die Vaterlandspartei für einen unpolitischen Verein halten? Angriffe auf die Politiker der Reichsleitung werden zugelassen, die Verteidigung wird gehemmt. Ueber die Wahrung der berechtigten Gesichtspunkte wird zum Schaden der Freiheit der Soldaten und Bürger weit hinausgegangen. Wir sind nicht sicher, ob die militärischen Stellen gemillt sind, die Politik der Reichsleitung zu unterstützen, einzelne sind ihr direkt feindlich. Die Autorität des Kriegsministers stellt sich offenbar gegenüber den Generalkommandos nicht durch. Der Kriegsminister trägt uns gegenüber die Verantwortung. Die Verantwortung für Komplikationen, die sich aus dem jetzigen Zustand entwickeln können, tragen die Militärbehörden. Wir haben uns bisher beschwichtigend verhalten, aber jetzt ist zu erwägen, ob wir nicht gesetzgeberisch vorgehen sollen. Das Belagerungszustandsgesetz ist nicht auf einen langen Krieg berechnet.

Kriegsminister v. Stein:

Auf das Erscheinen der Artikel habe ich keinen Einfluß. Zensur und Entscheidung über Beschwerden müssen von einander getrennt sein. Kein Generalkommando hat bisher gewagt, gegen eine solche Entscheidung zu handeln.

Abg. Feine (Soz.):

führt aus einer von ihm ausgearbeiteten Beschwerdebücherei an. Das Verfahren des Generalkommandos ist unbillig und unbillig. Die Verordnung vom 10. November schaltet das politische Leben in Vereinen und Versammlungen aus. Da sich die Politik nicht verbieten läßt, kommt eine ungleiche Behandlung heraus. Die militärischen Stellen richten ihre Entscheidungen gegen die ihnen mißliebigen Parteien. Die politische Zensur bringt nur verkehrte Bestimmungen über ungedehte Verhandlung, dem Zweck wird nicht genügt. Was in Schließen geschieht, sind Kleinigkeiten, die nur Empörung erwecken. Wenn wir nicht fortwährend aufklärend wirken, würde die Stimmung noch viel feindseliger sein. Der Erlaß des Kriegsministers vom 18. November war vom Reichskanzler angeklagt, aber die Mitteilung des Erlasses an mich ist abgelehnt worden. Inhalt und Ton dieser Ablehnung entsprechen nicht der Wichtigkeit der Sache.

Das ist eine Mißachtung des Reichstags

und die Ablehnung ist unbillig. Sollen das die guten Beziehungen sein, die man angeblich wünscht? Der Erlaß geht nicht ein auf die Rückwirkung auf frühere Verbote. Immerhin ist ein Fortschritt zu verzeichnen, den wir endlich erreicht haben, nachdem wir so groß geworden sind. Die „Zukunft“ ist freigegeben. Das Verbot war eine Kleinigkeit auf einem Mann, der eine selbständige Uebersetzung hat. Die Gründe des Verbots waren nur Vorwände, Kleinigkeiten, gehässig, unpolitisch. Das „Forum“ ist für die Dauer des Krieges verboten worden, angeblich wegen einer verderblichen internationalen Kulturgenossenschaft, die es vertritt. Das Verbot besteht weiter, obwohl diese Grundzüge in unsere Politik aufgenommen sind. Man hätte nie versuchen sollen, wissenschaftliche Werke der militärischen Zensur zu unterwerfen; dafür hat die Zensur nicht geeignete Kräfte. Wir Christen und das politische Friedensprogramm ist immer noch verboten. Die deutsche Jugend und der Weltkrieg von Professor Höpfer gleichfalls, ebenso seine Artikel, die mit einer Ausnahme sämtlich in Zeitungen unbeanstandet erschienen waren. Dem Professor Schilling ist verboten, über Fragen des Völkerrechts zu schreiben, sich in Grenzgebieten aufzuhalten und mit arztärztlichen Gelehrten zu korrespondieren. Dabei hat Schilling mit einem Paß des Auswärtigen Amtes in der Schweiz mit ausländischen Gelehrten verhandeln dürfen. Der Kriegsminister braucht nicht den Degen, den er so erfolgreich gegen die Feinde geführt hat, gegen die deutsche Wissenschaft und das deutsche Geistesleben zu führen; er sollte die Verantwortung, die ihm sicherlich unlieb ist, nicht übernehmen.

Die Agitation für die Vaterlandspartei

wird mit anderen Augen angesehen als Gegenbewegungen.

Wenn Deutschland aus dem Kriege so hervorgeht, wie wir es wollen, so ist es Sieger, militärisch und moralisch. Der Kriegsminister sieht einen Sieg nur in einem Sieg der Gewalt, alles andere besteht für ihn nicht. Es ist falsch, zu sagen: „Bergicht ist ein Zeichen der Schwäche, eine Anerkennung der Niederlage.“ Falsch und politisch ohne Verständnis. Wer so denkt, ist nicht fähig, über Zensurfragen und ähnliches zu entscheiden. Wenn die Feinde nicht vernünftig werden, müssen wir bis zu Ende kämpfen, aber man darf nichts tun, um diese Notwendigkeit noch zu steigern. Wir müssen die Zensur aus den Händen nehmen, in denen sie sich befindet. Außer einem Teil von Elsaß-Lothringen ist das Reichsgebiet nirgendwo vom Feinde besetzt oder bedroht. Deshalb ist Beschränkung des Belagerungszustandes notwendig. Der Redner empfiehlt folgendes, von ihm ausgearbeitetes:

Entwurf eines Gesetzes über den Kriegszustand:

Artikel 1: An Stelle des § 1 des preussischen Gesetzes vom 9. Juni 1861 tritt folgende Bestimmung: Die Verhängung des Kriegszustandes ist zulässig für Gebiete, die teilweise vom Feinde besetzt sind, oder in die ein feindlicher Einmarsch unmittelbar zu befürchten ist. Für Gebiete, auf die das nicht zutrifft, ist der Kriegszustand aufgehoben.

Artikel 2: Wo auf Grund des § 1 oder § 2 Abs. 1 des preussischen Gesetzes vom 9. Juni 1861 der Kriegszustand erklärt ist, ist für die auf Grund desselben zu treffenden Maßregeln, soweit sie sich gegen die Rechte von Zivilpersonen auf persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, des Eigentums, der Freiheit, in Wort und Schrift sich zu äußern und sich in gesetzlicher Weise zu verhalten, richten, die obere Verwaltungsbehörde s. l. d. b. g.

Artikel 3: Gegen die von der oberen Verwaltungsbehörde erlassenen Anordnungen kann jede davon betroffene Person Beschwerde erheben.

Artikel 4: In Ergänzung der Bestimmungen des § 1 des Gesetzes ist der Reichsausschuss für die Prüfung der Maßregeln des Kriegszustandes.

Artikel 5: Der Reichsausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und 14 Beisitzern. Vorsitzender ist der Stellvertreter des Reichskanzlers. Die Beisitzer werden zur Hälfte vom Bundesrat, zur Hälfte vom Reichstag ernannt. Unter den vom Bundesrat zu ernennenden Mitgliedern müssen vier Mitglieder des Reichsgerichts sein.

Abg. Dr. Junk (Natl.) wünscht den Erlaß vom 18. November gedruckt zu besitzen, um ihn prüfen zu können.

Kriegsminister v. Stein: Ueber die verschiedenen Auffassungen werden wir uns schließlich verständigen. Die Freigabe der „Zukunft“ ist erfolgt, weil werden die blühende Versicherung abgegeben hat, sich in Zukunft solcher Ausführungen zu enthalten, wie er sie früher getan hatte. Ob ich gern oder ungern Kriegsminister bin, ist meine Angelegenheit. Die Zensur bei uns ist milder als bei unseren Gegnern. Der Erlaß vom 18. November wird gedruckt werden.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Das Belagerungsgesetz wird mit maßloser Schärfe angewendet. Eine lokale Anwendung des Gesetzes vom 18. November würde manches verbessert haben, aber die Generalkommandos weigern sich darauf. Gut ist der Grundsatz, daß persönliche Angriffe nicht der Zensur unterliegen sollen, früher führten sie zu Verbots, z. B. beim „Vorwärts“. Die Militärbehörden begünstigen bewußt die Anexionisten aller Richtungen. Wir wollen nichts anderes, als genau so behandelt zu werden. Auf Soldaten wird ein Druck ausgeübt zum Eintritt in die Vaterlandspartei. Anhänger unserer Partei werden auf das nachdrücklichste verfolgt und hart bestraft, unsere Versammlungen in weiten Kreisen systematisch unterdrückt, einzelner, ob öffentliche oder Vereinsversammlungen. Ist es nicht mehr erlaubt, für den anexionistischen Frieden einzutreten? Wissenschaftliche Publikationen, die den Militärs nicht passen, werden unterdrückt. Ein Übergang der Zensur an die Zivilbehörden würde nichts besseres. Ohne Schaden könnte der Belagerungszustand beseitigt werden; er besteht ohnehin zu Unrecht. Das Gesetz gegen Spionage von 1914 reicht völlig aus.

Abg. Dr. Seyda (Soz.):

Das Vorlegen von Material hat eigentlich gar keinen Zweck. Die Regierungsvorleger hören es sich an; es geschieht aber nichts. Wir müssen gesetzgeberisch vorgehen. Von parteiischer Handhabung der Zensur ist keine Rede; gewisse Richtungen werden offensichtlich begünstigt. Die Verhältnisse sind unerträglich geworden.

Abg. Erdberger (Centr.):

Die Zensur ist ein systematischer Mißbrauch der militärischen Gewalt zu einseitigen politischen Zwecken. Sie richtet sich gegen die Politik der Reichstagsmehrheit und des Reichskanzlers. Sie mißt bewußt mit zweierlei Maß. Der Redner trägt zum Beweis Einzelfälle vor. Eine Propagandaschrift über das Erz-bischof von Breslau wird in zahlreichen Exemplaren verbreitet, eine Gegenschrift unterdrückt. Eine christliche Broschüre, die für den Verständigungsfrieden eintritt, bleibt verboten. Eine für den Katholizismus beleidigende Schrift: „Können wir einen Papst gebrauchen?“ darf mit Zustimmung der Militärbehörden verbreitet werden. Die Folge dieser krassen Gesetzwidrigkeiten ist, daß man uns im Auslande nicht glaubt. v. Odenburg-Janschan hat in Danzig gesagt: „Vogel populi vor Kindele!“ — das läßt die Zensur durch, antworten dürfen wir nicht. Man sollte uns nicht zumuten, zu glauben, daß die Militärs keine politische Zensur üben; das geschieht jeden Tag. Das Volk wird nicht wahrheitsgemäß unterrichtet über die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der Redner schreibt keine Artikel, weil er sich nicht unter politisch ahnungslose Zensoren stellen will. Ueber die katholischen Reden des Herrn v. Tzipich in München hat jedermann gelacht. Die Vaterlandspartei ist eine politische Partei. Was geschieht nun mit den Offizieren, die auf Grund anderer Auffassung eingetreten sind? Sie müssen austreten, auch die beiden Vorlesenden, die ja aktive Mitglieder sind; das verlangt das Gesetz ohne Ansehen der Person. Die Kommentare des neutralen Auslands zu dem Verbot an die Soldaten, mit Abgeordneten zu verkehren, waren wenig schmeichelehaft. So unbrauchbare Befehle sollte man zurückziehen.

Oberst v. Wiedberg: Die Generalkommandos haben kein Verbot dieser Art erlassen, auch nicht das Oberkommando Maderus. Ich bitte um Material, um weiter nachforschen zu können. Zur Beratung des Antrags Feine wird ein geschäftlicher Unter-ausschuß eingesetzt.

Abg. Erdberger (Centr.):

Abfassung der Zensur und des Belagerungszustandes wird nicht möglich sein. Der Redner kritisiert den Erlaß des preussischen Ministers des Innern über das Verhalten der Beamten gegenüber der Vaterlandspartei, die nicht politisch ist. Es ist bedauerlich, daß der Kriegsminister seine erste wichtige Auffassung verlassen habe. Man lasse der Sache ihren Lauf. v. Tzipich ist doch einer der verdientesten Männer, einen Nebenfluß an großen Männern haben wir doch nicht. Das Verständnis für den Noo-Krieg wächst und damit die Dankbarkeit gegen Tzipich. Wir verbannten die Platte nicht Herr v. Hollmann, sondern seinem Nachfolger. Die Marineverwaltung hat auf keinem Gebiete verlagert. Tzipich wird angegriffen und kann sich nicht wehren. Der Einfluß der unabhängigen Sozialdemokratie auf das Volk muß verhindert werden. Die Veranlassungen der Kriegsschadhaften sind unerträglich. Die dauernden Angriffe gegen die Vaterlandspartei fördern nicht den inneren Frieden.

Dienstag Weiterberatung.

Im Hauptauschuss des Reichstages haben die Abg. Goltz (Natl.), Erdberger (Centr.), Erdberger (Str.), Prinz Schenk (Natl.) die Einlegung eines Unter-ausschusses von sieben Mitgliedern beantragt, der eine Prüfung der Papierbelieferung der verschiedenen Zeitungen durch die Reichspost vornimmt und dem Hauptauschuss darüber Bericht erstattet.

Politische Uebersicht.

Der Wiener Angriff auf Bälou. Die „Korbh. Ill.“ schreibt: „Wie wir hören, wird in amtlichen Kreisen der Vorposten des Wiener Fremdenblatts“ gegen den Fürsten Bälou durchaus mißbilligt. Eine Ablicht des Fürsten, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Schwierigkeiten zu bereiten oder an seine Stelle zu treten, ist hier nicht bekannt. Sollten derartige Gerüchte von Leuten verbreitet werden, die es sich zur Aufgabe gestellt zu haben scheinen, unseren Unterhändler in Brest-Litowsk in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihm bei Erfüllung seiner schweren Aufgabe Schwierigkeiten zu bereiten, so steht fest, daß Fürst Bälou diesem Treiben fernsteht. Es ist bedauerlich, daß von der Presse des verbündeten Landes diese Angelegenheit in einer Weise behandelt worden ist, die einer Einmischung in deutsche Angelegenheiten nahekommt. Es ist daher begründlich, daß die deutsche Presse — unabhängig von ihrer Stellung zu der politischen Persönlichkeit des Fürsten Bälou — sich hiergegen wendet.“

Unter den Dolomiten.

Roman von Konrad Zelmonz.

24) (Kontinuation)

Nieder die Frau, die da hinten stumpf und schmerzvoll erschlaffert in ohnmächtiger Hilflosigkeit dagelegen hatte, schien plötzlich ein neuer Geist gekommen zu sein. Sie fuhr krampfhaft von ihrem Schemel empor und ihre Augen funkelten den Mönch feindselig an. „Sünderinnen wären das?“ brach es mit mühsam verhaltenen Empörung von ihren Lippen. „Sünderinnen? Ich hab' sie in Ehren geboren, hochzuverdienend, weil ich mit dem Toni Pyter in der St. Peter vor dem heiligen Altar bin getraut worden. Und dem Vater sollt' ich sie lassen, wo sie doch an erster Stelle immer zur Mutter gehören? Oder der Gepp sollt' d'lich die Vater sein, der keine Lieb' zu ihnen haben kann? Das eine kann nicht sein und das andere auch nicht. Und ob ich die kleinen Gascherl einmal ins Kloster tu', davon kann heut' noch keine Red' sein. Zur Mutter gehören sie jetzt, soviel fest steht. Und weil ich mit dem Toni verheiratet bin, bleib ich auch bei ihm, davon ist nichts mehr zu ändern.“

„Dann ist mein Amt hier zu Ende“, sagte Innocenz streng.

Die Sägemüllerin versank wieder in ihr dumpfes Brüten. Der Mönch hatte gehen wollen, nun wandte er sich doch noch einmal zu ihr, denn sie erregte sein heftiges Mitleid, und seine eigene Seele war von den widerstreitendsten Empfindungen zerrissen. „Bedenkt es in Ruhe und geht mit Eurem Gewissen zu Rote!“ sagte er mit durchdringendem Erbarmen. „Ich will Euch in dieser schweren Stunde nicht drängen. Vor allem berätet Euch mit Eurem Mann, — mit Anton Pyter will ich sagen. Und denkt dessen, was ich Euch im Namen unserer heiligen Kirche gesagt habe und woran nichts zu wandeln ist. Wenn Ihr meiner bedarft, so kommt zu mir. Ich will Euch in allen Dingen heilsamer, wie ich kann, und Euch helfen, diesen fürchterlichen Kampf siegreich zu Ende zu führen nach Gottes unerschütterlichem Gebot. Seht wohl. Der Allmächtige erleuchte Euch.“

Er machte das Zeichen des Kreuzes über die schweigend verzerrten und ging in tiefer Seele erschlaffert hinaus. Das Bewußtsein, hier keinen Fuß gefaßt zu haben, schickte ihm einen Stein zu werfen, der ihn auf dem Kopf traf. Er hatte keine Ahnung, daß er seine seltsamen Worte gesprochen hatte und daß sie in dem Mönch einen tiefen Eindruck gemacht hatten.

gebort, ohne daß seine Worte mit dem in Einklang geklungen hätten, was sein eigenes Herz ihm einbrachte. Dieser Konflikt bebrütete ihn wie ein drohendes Unheil, das über seinem Leben heraufzog. Als er an der Sägemühle vorüber dem Pfarrhause zuschritt, hörte er immer noch die Atemzüge des schlafenden Mannes und dazwischen das leise Wimmern des Kindes. Oben auf der Brücke über dem großen Rabe aber stand Jemel, im Begriff, das Wehr aufzugeben und das Triebwerk in Bewegung zu setzen. Er warf dem davonschreitenden Mönch einen argwöhnlich-sinken Blick nach.

Innocenz lag in heißem Ringen vor seinem Beschemel, als es an seiner Tür pochte. Er war kaum verwirrt emporgehoben, als zu seinem Erkennen der Pfarrer Kopf Antbolger bei ihm eintrat. Es war das erste Mal, daß derselbe ihn aufsuchte, und sichtlich befand er sich in einer bei ihm ausfallenden Erregung. Er kam in Hemdärmeln, so wie er von der Hohenbank aufgesprungen war, und hielt ein aufgerissenes Schreiben in der Hand, dessen Siegel noch an den roten bunten Schnüren herabhängte. „Dies ist mir vor einer Stunde durch einen besonderen Boten überbracht worden“, sagte er, und in seinen Worten lag noch immer die Nachwirkung eines so unerhörten Ereignisses, „nun ist endlich klar, weshalb man Euch hierher geschickt hat.“

Er ließ sich auf den einzigen Sessel in der Kammer nieder und starrte in das Blatt, als ob er den Inhalt desselben immer noch nicht recht begriffen habe. „Weshalb man mich hierher geschickt hat?“ wiederholte Innocenz, der sich nur langsam aus seiner Verwirrung losmachte. „Ich denke, darüber hat nie ein Zweifel bestanden.“

Der Pfarrer schüttelte den Kopf. „Wenn Ihr nicht die Strafe hierhergeschickt wurdet, begriff ich's nicht. Feiner kommt es begreifen. Nun seht's da.“ Er schlug mit der Hand auf das Papier. „Die Gräfin Karibitsch soll Ihr belehren, das ist das Wichtigste hier. Wir traut man's natürlich nicht zu und unserem Bruder Rabarner ebenso wenig. Da ist ein Spezialgesetz, das notwendig geworden, und natürlich hat man einen Mönch geschickt, einen vom Benediktinerorden. Die gelten als die weigewandtesten, seit die Jesuiten in schämmen Auf genommen sind und leicht begwogen werden. Um es nun nachvollziehbar zu machen, hat man Euch selber im unlernten gelehrt, was man tun soll.“

Daß ich alt und gebrechlich bin, gab den besten Vorwand ab, Euch hierher zu senden. Uebrigens hätte ich keine heimlichen Absichten hinter dieser Sendung wittern. Und nun sollt' Ihr Euch des Vertrauens, das Eure Oberen in Euch gesetzt haben, würdig erweisen, Bruder Innocenz.“

Der Mönch hatte mit steigender Verwunderung zugehört, wie der Pfarrer das alles, immer in dem Schreien blühend, das er entfaltet vor sich in den Händen hielt, abgedroht her vorrückte, allmählich wieder mehr und mehr in seinen matten Gemüthsinn zurückfallend. Er hatte in der Tat von einer solchen Mission, die ihn hierher geführt, keine Ahnung gehabt, und der Besenke an die ernste und hohe Aufgabe, die ihm anvertraut worden sollte, erfüllte ihn mit einem hohen Dankesgefühl. War es nicht eine Fügung des Himmels, daß er gerade jetzt ein so verantwortungsvolles Amt zugewiesen erhielt, wo er sich dem unfeigen Weibe in der Sägemühle gegenüber ohnmächtig und hilflos gefühlt hatte? Wer es nicht, als hätte er in einem heiligen Glaubenskampfe, in dem man ihn ausstaudte und in dem er alle Kraft seiner Ueberzeugung, alle heiligmäßige Bereitschaft seines Priesteramtes als Bundesgenossen aufzurufen mußte, das verlorene Gleichgewicht seiner Seele wieder finden und mit neuer Stärke neuer Inverlicht, Klarheit und Ruhe sich durchbringen lassen? Weshalb, der heilige Gott meinte es wohl mit ihm und gab ihm ein solches Zeichen der Gnade, damit er nicht verzage oder schwach werde, sondern alle ihm aufgestellten Pflichten mit der ihm in reichem Maße Begeisterung für die heilige Sache.

Die Gräfin Karibitsch ist in Wien angekommen. Sie ist das wichtigste. Die Gräfin Karibitsch ist ein mächtiges politisches Feindesgeschlecht, das von jeher zu den mächtigsten Größen unserer Gegend gehört. Sie hat eine große Anzahl von Kindern, die alle geistliche Würden bekleiden.“

Der Pfarrer zuckte die Achseln. „Was das für ein Regiment für die Kirche ist, das weiß ich nicht, und ich soll um jeden Preis belehrt werden. Das ist aber nicht meine Sache, das ist die Sache der Herren.“

Er richtete ihn das Schreiben. „Es ist ein Brief, den der Mönch abgibt.“

„Was Antbolger macht, das ist seine Sache. Ich habe keine Ahnung davon.“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Januar.

Die Aufwands-Entschädigung.

Täglich gehen bei uns Anfragen ein über die Aufwands-Entschädigung; wer sie bekommt, in welchen Fällen sie gezahlt wird, wo die Anträge zu stellen sind usw. Wir haben schon häufig in anderem Briefkasten darüber Auskunft gegeben, aber die Fragen nehmen kein Ende. Deshalb mögen heute die nachfolgenden Zeilen aus der Militärkorrespondenz des Reichstagsabgeordneten Genossen St. K. L. zu Ausflührung dienen:

Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 26. März 1914 erhalten Familien, von denen zwei oder mehrere Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen 2- oder 3-jährigen Dienstpflicht im Reichsheer, in der Marine oder in den Schutztruppen als Unteroffizier oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von 6 Jahren zurückgelegt haben, auf Verlangen Aufwandsentschädigung in Höhe von 240 M. jährlich, für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen 2- oder 3-jährigen Dienstpflicht genussenden Sohnes. Als gesetzliche Dienstpflicht kommt nur die aktive 2- oder 3-jährige im Reichsheer, in der Marine oder in den Schutztruppen als Unteroffizier oder Gemeiner in Frage. Die Dienstleistung als Einjährig-Freiwilliger wird nicht angerechnet. Es sind nur Zweifel darüber entstanden, ob auch die Kriegsdienste als aktive Dienstzeit im Sinne dieses Gesetzes mitzurechnen ist. Zur Klarstellung sei Folgendes festgestellt:

Die Mannschaften der Reserve, der Landwehr und des auszubildenden Landsturms haben ihre aktive Dienstpflicht bereits vor Beginn des Krieges erfüllt. Ihre Dienstzeit während des Krieges kann deshalb in die sechsjährige Gesamtdienstzeit nicht eingerechnet werden. Ebenso befinden sich Wehrpflichtige, die schon im Frieden der Ersatztruppe oder dem Landsturm überwiesen worden sind oder die vom Dienst ausgeschlossen oder ausgemustert worden sind, jetzt nach ihrer Entlassung zum Dienst nicht in der Ausübung ihrer gesetzlichen Dienstpflicht. Dagegen befinden sich in Erfüllung der aktiven Dienstpflicht die als militärfähig eingestellten, sowie alle übrigen Wehrpflichtigen, die vor Erreichung des militärfähigen Alters in das Heer eingetreten oder eingestuft sind.

Der Anspruch auf die Aufwandsentschädigung ist nicht an den Nachweis der Bedürftigkeit geknüpft. Sind Eltern vorhanden, so können sie den Anspruch erheben. Andersfalls die Großeltern; diese nur für den Fall, daß sie erwerbsunfähig und bis zum Zeitpunkt der Einstellung von dem Einkommen dauernd unterstützt worden sind.

Wenn jedoch von einer Familie drei Söhne bei der Infanterie je zwei Jahre aktiv gedient haben und es wird während des Krieges ein weiterer Sohn zur Ableistung seiner aktiven Dienstzeit eingezogen, so besteht für den weiteren Sohn der Anspruch auf die Gewährung der Aufwandsentschädigung.

Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung soll innerhalb vier Wochen nach Eintritt des Sohnes in das Heer bei der Gemeindebehörde des Ortes angemeldet werden in welchem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Der Anspruch erlischt mit der Entlassung oder mit dem Tode des betreffenden Sohnes. Nach Ablauf von 6 Monaten seit der Entlassung oder dem Tode kann ein Anspruch nicht mehr geltend gemacht werden.

In Breslau ist der Antrag im Magistratsbureau VII, Herrenstraße 28, zu stellen, in den Städten der Provinz bei den Magistraten, auf dem Lande bei den Gemeindevorstehern.

Wofür es keine Zeugnisse mehr gibt.

Wie die Reichsbelleidungsstelle mitteilt, haben die Zeugnisstellen keine Zeugnisse mehr zu erteilen für Stoffe zum Ausleben von Karten, Plänen, Zeichnungen und dergleichen, Untergrundpläne zu Eisenbahnen, Stoffe zu Zeichnungen für Theater und sonstige Schaustellungen, Schaukasten, Schaukästen und dergleichen, Stoffe zur Bekleidung ausgebaute Gefäßflächen.

Aus aller Welt.

Krupps Gewinne.

Kürzlich wurde der Geschäftsbericht der Firma Friedrich Krupp A.-G. veröffentlicht, wie er der Generalversammlung vorgelegen hat. Aus den trockenen Zahlen dieses Berichtes kann man sich ungefähr eine Vorstellung von dem Umfang dieses kapitalistischen Riesenbetriebes machen. Die Firma Krupp macht allein in diesem Jahre rund 41 Millionen Reichsmark Gewinn, wozu noch ein Ueberschuß von 11 Millionen aus dem Vorjahre kommt, so daß rund 52 Millionen Reichsmark Gewinn verteilt werden. Dabei müssen sich die Aktionäre — nämlich Mitglieder der Familie Krupp — noch eine formelle Herabsetzung des Dividendenjahres von 12 auf 10 Prozent (1) gefallen lassen.

Der Wert der Krupp'schen Immobilien — Grundstücke und Gebäude — reißt mit fast 244 Millionen zu Buche, nachdem schon 83 1/2 Millionen als Wertverloren „abgegeben“ worden sind. An Wertgeräten und Transportmitteln werden nur 2 500 000 Mark verbucht, während im Vorjahre noch 5 400 000 Mark dafür eingeleistet waren. Dagegen ist der Vorrat für Rohstoffe, ganz- und halbfertige Waren von 386 Millionen auf 584 Millionen gestiegen. Insgesamt betragen die buchmäßigen Kapitalwerte der Firma 1 Milliarde 260 Millionen 366 Tausend 574 Mark! Das sind wie gesagt, nur buchmäßige Zahlen. In Wirklichkeit ist der Wert dieser Vermögensgegenstände unermesslich höher. Sind doch allein unter den Abschreibungen an Immobilien nicht weniger als 30 Millionen an Eisenbauten verbucht. Das heißt ganz neue Bauten, deren Kosten in dem Geschäftsbericht natürlich nicht aufgeführt sind, werden in der Bilanzgarbe bargelegt, als ob sie bereits 30 Millionen an Wert eingebüßt hätten. Dese 30 Millionen fehlen dann natürlich in der Berechnung des — Gewinns! Noch deutlicher liegt dasutage bei dem Vorken „Patente und Lizenzen“, deren Wert mit 2 Mark, sage und schreibe mit zwei Mark, aufgeführt wird, während er in Wirklichkeit viele Millionen betragen würde! Der Krupp-Bericht weist auch Aufschüsse auf, darunter 28 Millionen für Kriegsvorräte, seinen Gewinn mehr als im Vorjahre, und dann die üblichen Ueberschüsse an den sogenannten „Vorsichtseinrichtungen“. Diese betragen in dem letzten Geschäftsjahre 27 Millionen, gegen fast 25 Millionen im Vorjahre. Gegenüber den Kriegsvorkäufen, die allein die wenigen Familienaktionäre einsehen, schrumpfen diese Vorsichtsvorrichtungen allerdings fast zu Null.

Ein richtiges Bild von der Bedeutung des Krupp'schen Unternehmens gewinnt man jedoch erst, wenn man sich er-

Rentenzulagen-Quittungen.

Quittungsvordrucke für die vom 1. Februar 1918 ab zu zahlenden Zulagen zu den Invaliden-, Kranken-, Witwen- (Witwer-) und Waisenrenten sind bei den Polizeirevierern oder den Bezirksvorstehern in Empfang zu nehmen. Quittungen für die Zulagen zu den Invalidenrenten werden gleich für das ganze Jahr 1918, also 11 Stück, angefertigt. Für die anderen oben bezeichneten Renten werden Quittungen vorläufig nur für den Monat Februar abgegeben, für die übrigen Monate sind sie bei dem Versicherungsamte Springergasse 5/9, 3. Etage, oder bei der Landesversicherungsanstalt Schlegien, Höfchenplatz 8, zu haben.

Alle im Stadtbezirk Breslau wohnenden Rentempfänger, auch die, die die Rente von einer anderen Landesversicherungsanstalt oder einer Sonderanstalt beziehen, erhalten die Quittungsvordrucke. Die richtige Ordnungsnummer der Anstalt ist aus der Rentenquittung in die Zulagequittung handschriftlich zu übertragen. Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Zulagen nicht auch an die Empfänger von Alters- oder Waisenrenten gezahlt werden.

Für Stilllegung der Brauereien.

Es wird uns geschrieben: Wie wir wiederholt berichtet, planen unsere Staatsbehörden die Zusammenlegung der Brauereien im norddeutschen Brauereigebiet wodurch selbstverständlich eine Stilllegung vieler Brauereibetriebe herbeigeführt würde, was als einem vernichtenden Schlag gegen ihre Existenz gleichkäme. Nachdem nun vor Monatsfrist durch das Reichswirtschaftsamte als der einzige zurzeit noch haltbare Grund für eine etwaige Zusammenlegung der Brauereibetriebe nur die Entlastung der Brauereien im Geeresinteresse bezeichnet wurde, hat der „Schutzbund“ der Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft aus dieser amtlichen Erklärung, die sich von selbst ergebende Folgerung gezogen und eine schnelle freiwillige Kupferablieferung durch die Brauereien in die Wege geleitet. Es ist selbstverständlich, daß die norddeutschen Brauereien diese Maßnahme auf das tatkräftigste unterstützen werden denn durch die freiwillige, mit möglichst hoher Abgabeausbeute verbundene Stilllegung der Brauereibetriebe wird nicht nur eine Zusammenlegung der Brauereien verhindert, sondern auch ihre zugehörige amtliche Entlastung. Wenn demgegenüber in einigen Fach- und Tageszeitungen Zuschriften erschienen sind, die für eine Zusammenlegung der Brauereien Stimmung zu machen suchen, so ist eine derartige neue Beunruhigung des Brauereiwesens zwar sehr bedauerlich, aber nur als eine zweifelhafte Stimmungsmache zu bezeichnen, denn auf Grund von Verhandlungen mit der maßgebenden Stelle kann behauptet werden, daß sowohl eine Zusammenlegung der Brauereien als auch eine rückwirkende amtliche Entlastung ausgeschlossen ist, wenn die freiwillige Ablieferung der Kupfermengen einigermaßen den Wünschen der Militärbehörde entspricht.

Kriegsorganisation und Uebergangswirtschaft.

Am Sonnabend abend sprach im Verein „Friedewohl“ Redakteur Dr. Kallisch aus Berlin über „Kriegsorganisation und Uebergangswirtschaft“. In längeren Ausführungen verbreitete sie sich über alle die Einrichtungen, die während des Krieges zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens geschaffen werden mußten. Sie schilderte die Tätigkeit der verschiedenen Kriegsgesellschaften, der Kriegsauslässe, der Zentral-Einkaufsgesellschaft, der Reichsgütergesellschaft usw. Ihre Ansicht geht dahin, daß die Uebersetzung der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft schwerer sein wird, wie die Umgestaltung der Friedenswirtschaft zur Kriegswirtschaft war. Die Zwangsmaßnahmen die die Regierung zur zweckmäßigen Verarbeitung der Rohstoffe getroffen hat, wird sie freiwillig nur schwer aufgeben. Wenn nach Kriegsende die Grenzen wieder geöffnet sein werden, so dürfte die Einfuhr dadurch eine Einschränkung erfahren, daß wir nicht über genügend Austauschmittel verfügen, aber auch der Mangel an Schiffraum spielt eine erhebliche Rolle. Eine Frage von weitgehender Bedeutung wäre auch die Verteilung der vorhandenen Mengen an Rohstoffen an alle Betriebe, auch an die zurzeit zwangsweise stillgelegten.

An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache, in der auch darauf hingewiesen wurde, daß wir nicht verlieren dürfen, daß uns eine ganze Reihe, für das Ausland sehr wertvolle Rohstoffe zur Verfügung stehen.

Zum Schluß teilte Frau Geheimrat Begner noch mit, daß am Donnerstag eine Mitgliebersammlung des „Vereins

für Frauenkimmrecht“ stattfinden wird, die sich mit der Wahlrechtsfrage befassen soll.

Eisgang und Hochwasser in der Oder.

Die warme Witterung hat im flachen Lande und in den Bergen den Schnee sehr schnell zum Schmelzen gebracht. Dadurch haben alle Bäche und Flüsse reichlich Wasser, die dieses wiederum an unseren Hauptstrom, die Oder, abgeben, deren Wasserstand dadurch erheblich gestiegen ist. Dieses Steigen des Wassers hat die Eisfläche der Oder zum Bersten gebracht und das Eis in der Nacht zu Montag oberhalb Wilhelmshagens in Bewegung gesetzt. Die Eischollen liegen nur noch zwischen den Buhnen fest. Einen großen See bilden jetzt die Holland- und Morgenauer Biezen. Der fließende Weg vom Bapenhof an nach Heßlig ist noch völlig unpassierbar und konnte am Montag mittag noch befahren werden. Innerhalb der Stadt ist der Strom mit einem dichten Trümmerfeld von Eischollen bedeckt das sich an der Dom- und Sandbrücke festgesetzt hat, wohl aber schon in den nächsten Tagen dem Drude der von Stromaufwärts sich heranschleudenden Schollen nachgeben und abfließen wird.

Ein langwieriger Prozeß.

Am 3. Oktober 1913 verunglückte der Opermänger Ernst Bürkinghaus während der Aufführung des „Abend des Holländer“ dadurch, daß er beim Beistehen des Schiffes über eine Querteiste stolperte, zu Fall kam und sich eine Kniegelenkentzündung zuzog. Er spielte aber seine Rolle noch zu Ende. Anfang November sollte er bei einer „Fidelio“-Aufführung mitwirken. Da er sich jedoch weigerte wurde er ohne Kündigung sofort entlassen. Nun strengte B. den Zivilprozeß gegen die Stadt Breslau an, in dem er angab, daß ihn der am 3. Oktober erlittene Unfall, der auf mangelhafte Regieführung zurückzuführen sei, an der weiteren Ausübung seines Berufes hindere. Er klagte auf Uebernahme der Arztkosten in Höhe von 2760 Mark, auf Zahlung des Erwerbsverlustes vom 3. Oktober 1913 bis 1. Juli 1916 in Höhe von 26.660 Mark, und außerdem auf Zahlung einer laufenden jährlichen Rente von 7500 Mark, da er sich als zu 75 Prozent erwerbsunfähig betrachtete. Die Zivilkammer ist aber der Ansicht, daß B. ein großer Teil seiner Schuld selbst trifft, da er die Rolle schon oft gespielt hatte und das Vorhandensein der Querteiste ihm wohl bekannt war. Außerdem hätte ihn sein chronisches Kniegelenkleiden zu besonderer Vorsicht mahnen müssen. Die Zivilkammer hat daher für Recht erkannt: Der Anspruch des Klägers auf Erwerbsverlust wird dem Grunde nach zu einhellig für als gerechtfertigt erklärt. Dagegen kann ein Schadenersatzanspruch über den 1. Juli 1916 hinaus nicht geltend gemacht werden. Gegen dieses Urteil haben beide Teile Berufung eingelegt.

Mindestverdienstgrenze und Jubiläumsrente.

Daß die gesetzliche Bestimmung, daß bei Bewilligung der Jubiläumsrente der Umstand bestimmend ist, ob der Antragsteller noch ein Drittel seines früheren Jahresverdienstes durch Arbeit erreichen kann, schwere Härten enthält, beweist wieder einmal ein Fall, der vor dem Oberversicherungsamt zur Verhandlung kam. Der Gartenarbeiter Karl Machter aus Klein-Särding hatte wegen einer Wirbel- und Rückenmarkverletzung mehrere Jahre hindurch die Rente bezogen. Nach einer kürzlich erfolgten Nachuntersuchung wurde ihm die Rente entzogen, da er noch leichte Gartenarbeiten verrichten könne und nicht mehr invalide sei. Er verdiene noch täglich 90 Pfg., also jährlich gegen 280 M., und überschreite somit noch keine Mindestverdienstgrenze, welche nur 133 M. betrage. Auf seine Frage, was er mit 90 Pfg. täglich anfangen sollte, wird ihm erwidert, das müsse er selbst wissen; was er für Ansprüche habe, sei nicht Sache der Landesversicherung; wenn er nicht auskommen könne mit seinem Verdienste, müsse er sich eben an die Armenverwaltung wenden. Seine Berufung gegen die Entziehung der Rente wurde zurückgewiesen.

* Großer Kleiderdiebstahl. Aus der verschlossenen Bodenkammer Eichendorffstraße 57, sind in der Nacht zum 19. Januar durch Einbruch entwendet worden: 1 Pelzumfang mit Fehlfutter und Seidstragen, 1 Herrenlodenmantel, grau, 1 Damenlodenmantel, olivgrün, mit großen Fuchshornknöpfen, 1 Johann 1 Damenkostüm, das Jackett mit schwarzem Sammetragen und weißem Seidenfutter und endlich 1 Herrenjackett von blau- und weißgeblümtem Stoff, alles zusammen im Werte von 1000 Mark.

Drei Personen durch Gas getötet. Im Hause Verlichagenstraße 10 in Berlin wurden in ihrer Wohnung der 54 Jahre alte Schmied Albert Neumann, dessen Ehefrau sowie deren 21 Jahre alte Tochter Hildegard und deren 22 Jahre alte Cousine, die Verkäuferin Hedwig Brandenburg durch Gas vergiftet bewußtlos in ihren Betten aufgefunden. Ein hingerufenen Arzt stellte bei Neumann und seiner Gattin sowie bei der Verkäuferin Brandenburg den inzwischen eingetretenen Tod fest.

Zwei schwere Mordtaten werden aus Kozlod gemeldet. In Bredensfelde bei Stavenhagen wurde auf dem dortigen Rittergute eine polnische Köchin ermordet aufgefunden. Der Täter, der 23 Jahre alte Schmitzer Andreas Grzjalski, hat die Köchin aus Eifersucht umgebracht und nach der Mordtat das Viehhaus, in dem sich die Leiche befand, in Flammen gesetzt. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Mörder hat Selbstmord verübt. — In Buzkow kam in einer Schmittlerfabrik in der Nahoststraße Feuer aus Ausbruch, das fast das ganze Haus einäscherte. In einer im oberen Stockwerk gelegenen Kammer wohnte die 18 Jahre alte polnische Schmittlerin Maria Kura, deren völlig verlobtes Brautpaar bei dem Aufbruch der Arbeiter aufgefunden wurde, doch war der Körper verbrannt. Es liegt der Verdacht vor, daß das Mädchen das Opfer eines Verbrechens geworden ist und daß der Täter das Feuer angelegt hat um die Spur seines Verbrechens zu verwischen. Unter dem Verdacht des Mordes wurde der in demselben Hause wohnende 19 Jahre alte Schmittler Wojzicki aus Kossitz in Kozlod verhaftet.

Ein Kampf zwischen Einbrechern und Schuttpatrouille wird aus der Artilleriestraße 4 in Berlin gemeldet. Ein eamter Abtrübselte in der gekrümmten Nacht vier Männer bei dem Versuch, in ein Gefüge einzuwandern. Drei ergriffen sofort die Flucht und entkamen. Als der Schuttpatrouille den vierten ergriff, setzte sich der Verbrecher zur Wehr und griff den Beamten tödlich an. Auf einen geschickten Schuttpatrouille, der noch dazu kam, schlug er ebenfalls heftig ein. In dem Kampfe griff einer der Schuttpatrouille zur Disziplin und gab einen Schuß auf den Gegner ab. Dieser brach, in den Hinterbein getroffen, schwer verletzt zusammen und wurde nach der benachbarten Klinik in der Siegelstraße gebracht, wo er wurde festgehalten als ein jahrelangiger Verbrecher aus Kozlod.

Ein Raubmord. In Prag ist ein Raubmord an der Gasse verübt worden. Der Täter erschoss die Frau und stahl die Leiche an der Leiche auf. Gestalt wurde herabgeworfen und übergeben, sowie Schuttpatrouille, wurde die Leiche in der Gasse gefunden.

Die Frage des Reiches erliegen, und daß die Kriegsgewinne deshalb zumeist aus den Steuerzwecken des gesamten Volkes bestrahlt werden müssen! Deshalb bietet auch der neue Krupp-Bericht einen neuen zwingenden Beleg für die alte sozialdemokratische Forderung, daß die gesamte Rüstungsindustrie verstaatlicht und damit unter öffentliche Kontrolle gestellt werden muß.

Ein sonderbarer Standpunkt. Der Kriegsdienst für Konsumenteninteressen hatte beim Kriegsernährungsamte angeregt, die Verabreichung von Honig zu Hauptnahrungsmitteln zu verbieten. Das Kriegsernährungsamte hat es jedoch abgelehnt, den Wünschen der berufenen Konsumentenvertretung nachzukommen, weil sich angeblich nichts dafür ergeben habe, daß nennenswerte Mengen an Honig der menschlichen Ernährung entzogen würden. Wir meinen, jedes Pfund Honig, das für kosmetische Zwecke verwendet wird, ist einfach vergeblich. Tatsache ist, daß Honig seit Jahren auf dem öffentlichen Markte nicht existiert. Tatsache ist ferner, daß, wie aus den Inseraten hervorgeht, Honig für Schönheitsmittel verwendet wird. Wenn das wird das Kriegsernährungsamte schließlich feststellen können, warum kein Verbot, das dem Uebrig ein Ende macht?

Schauspieler. Kürzlich ist in Wien die einst sehr gefeierte Schauspielerin Kathi Grand im größten Elend verstorben. Auch ein trauriger Beweis für die unsichere Lage unserer Bühnenkünstler. Die Frau, die lange Zeit hindurch die bestbezahlteste Kraft einer hervorragenden Bühne war, ist schließlich in ihrem Alter dem Hungertode erlegen. Die Schauspieler und Schauspielerinnen von heute die Kathi Grand's Ausgang erlebten und angibt, sollten alle Kraft aufbieten, um in gemeinschaftlicher Arbeit eine bessere Regelung ihrer Lebensbedingungen durchzuführen. Hier ist eigentlich noch so viel zu tun. Die vorhandenen Wohlfahrtsvereinigungen reichen nicht entfernt aus, aber wenigstens die wohlwollenden Mahnungen, zur Zeit zu sparen, damit man in der Not habe. Straffe Organisation, ein festes Theatergesetz, unbedingte Sicherung der Künstler gegen Not und Verarmung sind nötig.

Eine Million materielle. Wegen Unterschlagungen in Höhe von einer Million Mark wurden laut der „Frankf. Ztg.“ der Direktor und drei Beamte der Daffeldorfer Filiale der Großhandlungsgesellschaft deutscher Kaufmänner in Hamburg verhaftet. Die Verhaftung der Beamten. Ein besonderer Bericht

Preussisches Abgeordnetenhaus.

112. Sitzung, Montag den 21. Januar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Herrg., v. Preisenbach, v. Eisenhardt-Rothe. Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. v. Trampshorn (Pole):

Wir protestieren dagegen daß auch der diesjährige Etat wieder Mittel zum Schutze des Deutschtums anfordert, die in Wahrheit der Bekämpfung des Polentums dienen. Es war durchaus richtig, daß in den Berliner Verhandlungen zunächst allgemeine Regeln festgelegt wurden, innerhalb deren man dann an die Lösung der praktischen Aufgaben herangehen konnte. Das nimmt vielleicht etwas mehr Zeit in Anspruch, aber für jeden denkenden Menschen ist nicht die Hauptfrage, ob dieser Krieg nun noch drei oder vier Monate länger dauert, sondern daß er nicht zu neuen Kriegen führt. Dieser Krieg darf nicht mit einem Machtfrieden enden; wir stehen auf dem Boden des Verhältnisses der Völker. Zunächst machte die Berliner Verhandlung einen hochheißungsvollen Anfang, aber die ersten Verhandlungen wurden durch das weitere Verhalten der Mittelmächte zunichte gemacht, die zwar theoretisch das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen, aber nicht international lösen wollen. Dieser Standpunkt ist völlig falsch; es gibt kein ungeschriebenes Recht, daß ein Staat sich nicht in die innere Angelegenheiten eines anderen einmischen darf. Alle Kriege seit 1864 beweisen das Gegenteil. Zu einer innerstaatlichen Regelung gehört Vertrauen, und wo sollen wir das Vertrauen bei uns nehmen? (Sehr richtig! v. d. Rosen.) Sollen wir an die Unparteilichkeit eines Schiedsgerichts glauben, zu dem etwa Herr v. Hebborn oder Herr v. Ledebur gehören? Wir würden nur zu einem internationalen Schiedsgericht Vertrauen haben können. Das deutsche Volk sollte diesen Vorschlag nicht ablehnen. Der Redner bespricht eingehend die nationalpolitischen Verhältnisse in Oesterreich, die durch gegenseitige Verständigung betrübend gelöst seien. Die Vordränger des nationalen Hasses werden auch in Zukunft die maßgebenden Herren Deutschlands sein, denn wenn nicht etwas Besonderes geschieht dürfte ihnen die Cabotage der Wahlrechtsvorlage schon genügen. Wir haben den Föderalismus, den uns die Konföderation und Nationalkonföderation einflößt, auf, und stehen in diesem Kampfe die Mehrheit des deutschen Volkes hinter uns! (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Minister des Innern Dr. Treub

Ich bin im Begriffe zum Vortrager auf den festen Standpunkt, daß die Nichtteilnahme in die inneren Angelegenheiten eines Volkes die Voraussetzung für einen dauernden Frieden seien. Der moderne Staat basiert auf der Idee der Selbstständigkeit, der inneren Freiheit und Unabhängigkeit. Die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ist, die wir im Prinzip gutheißen, haben und weiter ausführen, steht dem in keiner Weise entgegen. Meinem Gefühl von Ehre und Würde eines Staates widerpricht es grundsätzlich, wenn von einem Staat verlangt wird, daß er die Angelegenheiten seiner inneren Verhältnisse dem Bruche einer außenstehenden Macht unterbreiten soll. Die Beziehung auf das Nationalitätsrecht in Oesterreich ist unannehmlich, denn Oesterreich ist ein einheitlicher Staat; diese Einheitlichkeit aufzuheben, ist für uns vollkommen indiskutabel. Wir müssen nach wie vor unbedingt an der Aufrechterhaltung des Schutzes des Deutschtums festhalten. Das steht in keinem Widerspruch zu dem erweiterten Verzicht auf Reparationen. Mit Staatsangehörigen, die mit dem Gedanken der Loslösung vom preussischen Staate spielen, können wir nicht zusammenarbeiten. In der Hand der polnischen Bevölkerung selbst liegt es, welche Lust in Zukunft in der Ostmark wehen soll.

Abg. Dr. Kowalski (kon.): Die polnische Forderung daß ein internationaler Schiedsrichters über innerpreussische Dinge verhandeln soll, weisen wir zurück. Da wir Steuer sind können wir auch als solche auftreten. Wir erkennen nicht die Schiedsrichter der Volkserziehung, aber in den gegnerischen Ländern steht es noch schlimmer.

Landwirtschaftsminister v. Eisenhardt-Rothe:

Ich freue mich, daß ich zum ersten Mal in diesem Hause Rede der Landwirtschaft die verdiente Anerkennung ausprechen zu können. Dieser Anerkennung wird auch jeder Verbraucher beitreten. Die landwirtschaftliche Erzeugung nach Selbstbestimmung zu steigern, ist das Gebot der Stunde. Für eine einjährige Kriegsdauer ist unsere wirtschaftliche Lage noch immer erträglich, zumal wenn man bedenkt, daß wir es nicht sind, die den Krieg verlängern. Wir werden daher in Gebuld die Entbehrungen weiter auf uns nehmen.

Abg. Krenkel (Sp.): Unsere Unterhändler in Brüssel sollten bei der guten Vorklage des Herrn Kowalski nicht Ihre Aufgabe als schwerer genau, als daß wir sie ihnen noch durch besondere Wunschzettel erdrosseln sollten. Der Redner hebt die Wichtigkeit der Versorgung der Landwirtschaft mit Strohpfählen hervor.

Abg. Dr. Rocco (natl.): Auch wir hätten es für eine bringende Aufgabe des Landwirtschaftsministers, für die rechtzeitige Beschaffung von Sämereien und Stroh zu sorgen. Gegenüber Rußland und Oesterreich verlangen wir eine gesunde Handelsvertragspolitik. Angesichts der geplanten Tarifverhandlungen der Eisenbahnverwaltung müssen wir vor allem verlangen, daß die bestehenden Steuern überall gleichmäßig erhoben werden. Es geht nicht weiter an, daß die Einkommensteuerbelastung durch die Landabgabe erfolgt. Die jetzigen Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung zur Vereinfachung des Verkehrs sind eine Rechtfertigung der Reichshofen Vor schläge.

Abg. Hoenisch (Sozialdemokrat): Die geplante weitere Erhöhung der Eisenbahntarife lehnen wir ab. Den Klagen über unsere Eisenbahntarife können wir uns nur voll anschließen. Die jetzt in Erörterung der Tarifverträge sind in ganz ungehöriger Weise zu Stande gekommen. Sie hätten ohne Verzögerung des Parlaments nicht erfolgen. (Sehr wahr!)

Die Verbot von Wahlrechtsversammlungen müssen anhören. Es liegt auch im Interesse der Regierung, daß die Stimmen der Massen in dieser Frage zum Ausdruck kommen. Auch liegt in ihnen ein Ventil, um Explosionen zu verhindern, die der Regierung am wenigsten erwünscht sein können. (Sehr wahr! links.) In der Frage der Kriegskosten will ich mich der Zurückhaltung befleißigen, die durch die schwierige Lage unserer Unterhändler geboten ist. Das plumpe Dazwischenfahren der allwissenden Presse ist im deutschen nationalen Interesse auf das lebhafteste zu bedauern. Wir wünschen, daß auf dem Wege beiderseitigen Entgegenkommens sowohl Rußland wie Deutschland sobald wie möglich ein ehrlicher Verständigungsfrieden mit Rußland zustande kommt, worauf wir uns eher hoffen dürfen, nachdem die Grundlagen eines solchen Friedens mit der Ukraine bereits geschaffen sind. Nach dem Sturz des erobertungs-süchtigen Zarismus besteht irgendein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen dem deutschen und russischen Volke nicht mehr. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Gerade der Krieg hat gezeigt, in wie hohem Maße diese beiden Kulturen sich gegenseitig angewöhnen und Deutschland kann ohne die Erzeugnisse der russischen Landwirtschaft nicht auskommen und Rußland ist auf die Jagdprodukte Deutschlands angewiesen. Dem russischen Volke in seinen schweren wirtschaftlichen Nöten und seinem suchtsüchtigen Hunger nach neuen Formen rufe ich von dieser Stelle einen herzlichen Gruß über die Grenzen und den Ausbruch unserer lebhaftesten Sympathien zu. (Beifall v. d. Soz.) Mögen sich unsere Unterhändler in Brüssel und Weizsäcker zeigen, wie

Wismar 1866 beim Adolfsburger Frieden gegenüber Oesterreich. Nach jener Friede wurde als schwächlich und als Verzichtsebene bekämpft und hat sich doch behauptet. Wenn man einen besseren Schutz im Osten verlangt, so empfinden auch wir gewiß die Reiben mit, die unsere Brüder in Ostpreußen durchgemacht haben. Aber gerade um eine Wiederkehr ähnlicher Zustände zu verhindern, treten wir für eine freie und ehrliche Verhandlung mit Rußland und für eine staatliche Unabhängigkeit der Randvölker ein. Das beste wäre freilich ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland selbst. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Ein solcher Frieden wäre auch die beste Gewähr für die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens, den sowohl auch die Völker der Entente herbeiführen. Auch die weitestgehenden Annexionen könnten nicht mehr einen Erfolg bringen für die unehrerliche Verluste an besser Volkskraft die der Krieg im Geolge gehabt hat. (Sehr wahr! links.) Wenn man dem Phantome eines solchen Erlös-friedens nachjagt kommt man nur in Gefahr, den Krieg immer weiter zu verlängern und das Ziel schließlich in nebelhafter Ferne verschwinden zu sehen. Man sagt, wir dürfen uns ausschließlich von deutschem Interesse bei den Friedensverhandlungen leiten lassen. Nichtig verstanden, stimmen wir dem zu, aber wir sehen die wirkliche Wahrung deutscher Interessen nicht in einer Vergewaltigung irgend der Völker, sondern in einer weitausläufigen den Verständigungspolitik. Das wir dabei auch deutsche Interessen wahren, ist selbstverständlich, denn wir sind die Vertreter deutscher Arbeiter. (Abg. Hoffmann: Ebenfalls international!) Wir haben stets betont, daß ein Internationalismus nur denkbar ist auf der Grundlage nationaler Parteilichkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir sind bereit deutsche Arbeiter ohne jeden Chauvinismus, ohne eine Spur von nationaler Heberheblichkeit. (Abg. Hoffmann: Wir sollen Menschen sein!) Gewiß aber nicht Menschen im leeren Raum, sondern deutsche Menschen, Menschen auf deutscher Erde die auf deutsche Kultur die beste Kraft haben. Das deutsche Volk kann nur einem Frieden zustimmen, der seine territoriale Unverletzlichkeit politische und wirtschaftliche Entwicklungs-freiheit garantiert. Darum existiert für die deutsche Sozialdemokratie keine elisch-lithingische Frage. (Abg. Hoffmann: Hört hört!) Einmal-Vorbringen ist früher deutsches Land gewesen und wird deutsch bleiben trotz des Abg. Hoffmann. Jede Einmischung einer fremden Macht ob es nun Herr Wohl Gedanke Herr Himmels oder Wölfe ist, in unsere heiligen Verhältnisse lehnen wir ab. Wir wünschen eine grundsätzliche und faire Reform unserer innerpolitischen Verhältnisse, aber das sind ausschließlich deutsche Angelegenheiten.

Die Wirkung der reaktionären preussischen Politik hat uns besonders im Ausland schwer geschadet. Herr v. d. Osten verlangte ein organisches Wahlrecht. Dabei gibt es nichts Stumpfsinnigeres und Unorganischeres als das Dreiklassenwahlrecht. (Sehr wahr! links.) Was die Haltung des Reichstags anbelangt, so hat der Abg. Kowalski mit Recht in einer Versammlung gesagt: Eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Ich sage hinzu: Auch

eine Verschleppung und Verzerrung des gleichen Wahlrechts

würde das Zentrum nicht überleben. Gerade die Stimmung der katholischen Arbeiter in der Wahlrechtsfrage ist äußerst bitter. Das habe ich in meinen Versammlungen im Westen selbst erlebt. Den Nationalliberalen möchte ich sagen: Ihr Schicksal im neuen Preußen wird in hohem Maße von Ihrer Stellung im alten Preußen abhängen. Das hat Doktor Friedberg vor erkannt. Er ist klug und weitsichtig genug gewesen, die Parteien mit den allgemeinen Staatsveränderungen unterzuordnen.

Danken Sie sich nicht über die äußerst bittere Stimmung der deutschen Arbeiter! Wenn es infolge Ihres Verhaltens

zu schweren innerlichen Krisen

kommt, trifft die Schuld daran allein Sie. Wollen Sie die Verantwortung übernehmen, daß es etwa im Frühjahr zur Zeit von Entschuldigungskämpfen im Westen in den verschiedensten wichtigen Industriezweigen zu Arbeits-einstellungen und besonders in der Munitionsindustrie zu Zuständen kommt wie in Berlin im letzten April? Ich würde das nicht, aber meine Pflicht als Volksvertreter und als deutscher Patriot ist es, Sie zu warnen. Ich sage aber auch die Zuversicht aus, daß trotz Ihrer Tätigkeit sich die großen geschäftlichen Notwendigkeiten auch in Preußen durchziehen und das Wölfe'sche Wort zur Wahrheit werden wird: „Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran!“ (Beifall v. d. Soz.)

Abg. Herold (Sent.): tritt für eine Vermehrung des Kartoffelanbaus ein. Der Mangel an Stroh und Sämereien muß beseitigt werden. Die Kampfpläne gegen die Polen belämpfen wir nach wie vor; wenden uns aber gegen die Zustimmung daß die Verhältnisse der Polen einem internationalen Gerichtshof unterstellt sind. Das Ausland hat in preussische Angelegenheiten nicht hineinzureden. In der Wahlrechtsfrage hoffen wir uns mit der Regierung zu einigen, dann werden wir geschlossenen stimmen. Die Friedensentscheidung des Reichstags ist das Gegenteil eines Verzichtfriedens, da sie ausdrücklich Grenzversicherungen fordert. Wenn wir den Sieg erlangen haben, bekommen wir auch einen Siegfrieden, dann werden wir alle eine einzige Vaterlandspartei sein.

Abg. Klappenburg (Däne): Die zu Beginn des Krieges gegebenen Zusagen auf gleichmäßige Behandlung aller Volks-teile sind nicht eingehalten worden. Wir hoffen, daß das in Brüssel-Unterschied anerkannt Selbstbestimmungsrecht der Völker nun auch in die Praxis umgesetzt wird. Von der Durchführung dieses Grundgesetzes erwarten wir in Nordschleswig die Erfüllung unserer heiligsten Wünsche.

Abg. Johansen (ireislon): Wenn die Dänen in Nord-schleswig sich loyal als preussische Untertanen betätigen, wird ihnen so weit entgegnet werden, als es im Interesse des preussischen Staates irgendwie möglich ist.

Abg. Dr. Seyda (Pole): Mit der heutigen Erklärung des Ministers des Innern kann sich kein Pole einverstanden erklären. Wir werden noch darauf zurückkommen.

Abg. Fuhrmann (natl.) wiederholt die bereits aus der Presse bekannte Darstellung der Vaterlandspartei über die Vorgänge in ihrer Berliner Lehrerversammlung und be-schneidet die Berichte des „Vorwärts“ und „Berliner Tageblatt“ als erkrankt und erlogen.

Abg. Hoenisch (Soz.): Auf die Einzelheiten kann ich nicht eingehen, Pöle aber fest, daß Herr Fuhrmann die Tatsache der Mißhandlung von Kriegsbeschädigten in jener Versammlung nicht bekennt.

Damit schließt die Besprechung. Der Etat geht an den Ausschuss und nach debattierender Erörterung einiger Rotverordnungen vertagt sich das Haus auf Dienstag, mittags 1 Uhr: Aufträge.

Schluß 6 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Ein Sozialdemokrat als Ehrenbürger. Der Stadtrat in Frankfurt a. M. hat den Sozialdemokraten Dr. Winter zum Ehrenbürger ernannt. Winter, ein alter treuer Genosse, ist der Sozialdemokratie bekannt durch seine langjährige Tätigkeit als Präsident des Arbeitervereins.

Die der Frauen. Der Abg. Dr. Treub, der seinen Antrag im badischen Landtage, besagte sich in einer in diesem Parlament gehaltenen Rede am 21. Dezember über die mangelhaftesten Fliegerabwehr-Einrichtungen in Offenburg, wo er gewählt ist. Er verlangte, daß die Zahl der dortigen Abwehrgeschütze vermehrt werden und die Abwehr überhaupt ein Ergebnis erzielt werde um die Franzosen und Engländer in Zukunft davon abzuhalten, alle paar Tage über die Vogesen herüberzuziehen und im badischen Lande schweren Schaden anzurichten. In Offenburg soll Ged nachher von mehreren seiner Mitbürger gefragt worden sein, woher er die Mittel zur Verstärkung der Offenburger Fliegerabwehr denn eigentlich hernehmen wolle, da er doch für die Ablehnung aller Mittel zur Landesverteidigung eintrete?

Der kleine Zwischenfall illustriert den ganzen theoretischen Streit. Wo der Krieg mit seiner grausamen Hand wirklich hingreift, dann verlange jede Abwehr, Hilfe und Schutz und gib dafür auch die Mittel her — nur von weitem kann man mit der Ablehnung prösten und nur so lange, als andere dafür die Verantwortung und die Bewilligung übernehmen.

Schlesien und Posen.

Krieg, 21. Januar, Zwei öffentliche Frauen-versammlungen tagten am 20. v. Mtz. um 2 Uhr in Leubusch und um 5 1/2 Uhr in Döbern, Kreis Friedberg. Die Frauen und Mädchen der Arbeiter, aber auch bürgerliche Geschäftsfrauen, Landfrauen und besonders in Döbern eine erhebliche Anzahl von Männern und Landwirten waren erschienen, um mit größter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Redners Genossen Schölich aus Breslau zu verfolgen. Die allseitige Zustimmung und der lebhafteste Beifall zeigten das Einverständnis der Anwesenden mit dem Redner. Der Erfolg war dementsprechend. In Leubusch traten sofort 62 und in Döbern 80 neue Mitglieder der Partei bei. Da in beiden Orten durch die vorhergegangene Versammlung in Steudoritz schon eine Anzahl Mitglieder vorhanden sind, dürften wir in kurzer Zeit die Zahl 100 in diesen neu gebildeten Ortsgruppen als treue Mitglieder der Partei haben, und das alles trotz der so lebhaften und eifrigen Tätigkeit der überwachenden Polizeibehörde. Nicht nur der Ortsgruppenaus aus Leubusch war anwesend, sondern auch der Herr Ober-Bezirksrat aus Friedberg, Herr v. d. Osten, Herr v. d. Rosen und den besonderen Auftrag zur Überwachung der Versammlung erhalten. Außerdem waren in beiden Versammlungen die zuständigen Herren Amtsrichter mit erschienen, um sich die Ausführungen bis zum Schluß anzuhören. Trotz wiederholter Aufzorderung an anwesende Gegner meldete sich aber niemand zum Wort.

Münsterberg, 14. Januar. Die Wünschelrute. Der Aufregung, verursacht durch die neue Methode auf dem Fabrikhofe der Firma Karl Seibel u. Co. zwei starke Wasserläufe fest in Tiefe von je 35 Metern mit 15 bzw. 25 Kubilmeter Wasser in einer Stunde. Auch auf der ehemaligen Altem-schen Besitzung in Zeipe wurde in einer Tiefe von 25 Metern ein Wasserlauf von 20 Kubilmeter Wasser in der Stunde festgestellt. Den Untersuchungen wohnten auch Mitglieder des Magistrats bei.

Grünberg, 19. Januar. Eine Flasche Dildr haben die beiden Arbeiter Gustav Paul und August Amas-niewski aus Grünberg geklaut. Paul erhielt drei Wo-chens Gefängnis und Amasniewski vier Wochen Gefängnis aufbüßert.

Stegan, 20. Januar. Einziehung der Rathhaus-glocken. Dem Magistrat ist die Mitteilung eingegangen, daß nun auch die Glocken auf dem Rathaus, die bisher wohl von der Beschlagnahme betroffen, aber der Ablieferung nicht verfallen waren, abgenommen und der Verwendung für Kriegsmaterial angeführt werden müssen. Der Turm trägt zwei Glocken. Die größte wurde im Jahre 1697 von Meister Sigismund Götz in Breslau gegossen. Nun wird die Rathausglocke wohl oder übel einige Zeit vermissen müssen.

Stegan, 17. Januar. Der wilde Mann. Der wegen Einbrüche verhaftete Hausknecht Stein sollte zur politischen Vernehmung vorgeführt werden. Im Hausknecht des Polizeigebäudes stieß er plötzlich wieder den wilden Mann, tobte und gebärdete sich wie ein Wahnsinniger. Nachdem der Stand-dauernde gefesselt worden war wurde er ruhiger und plötzlich ganz fei. Es erfolgte seine Ueberführung nach dem Städtischen Krankenhaus.

Rausch bei Rastau, 21. Januar. Unsere Frauen-Verjammlung, die für Sonntag, nachmittag angelegt war, konnte leider nicht abgehalten werden. Etwa 60 Frauen waren wohl erschienen, doch der bestellte Redner fehlte, weil die bisherige Jugendbindung plötzlich ausgefallen war. Die Versammlung wird aber an einem der nächsten Sonntage bestimmt abgehalten werden.

Hirschberg, 20. Januar. Die Talperrren haben in-folge des Tauwetters wieder so reichlich Wasser, daß die für den Betrieb des städtischen Elektrizitätswerkes in voriger Woche angeordneten Sperren sich nun wieder aufheben werden konnten. Die vom Reichskommissar für Elektrizität und Gas angeordnete Rationierung der Elektrizität bleibt natürlich bestehen.

Rastau, 21. Januar. Ein ganz gefährlicher Mensch. Der Zimmermann Urban Wislup aus Rastau, 2 Jahre in Zuchthaus, 5 Jahre in Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Heute morgen überfiel bei der Frühstücksausgabe die beiden Straflinge Wislup und Fuhrmann den Gefangenenführer Krause. Während der eine der Bedroher den Beamten würgte und ihm die Kehle ins Gesicht trat, warf ihn der andere zu Boden und raubte die Schlüssel, mit deren Hilfe sie zum Hofe hinaus die Flucht ergriffen. Dies war ihnen insofern erleichtert, da der Gefangenenführer nur allein den Dienst versehen mußte und keine Waffe trug.

Wünschelrute, 21. Januar. Arbeiter im Rathaus. Sonnabend vormittag erließ eine Abordnung von Arbeitern der „Wünschelrute“ beim Bürgermeister Werner, um bei diesem die Wünsche der Lebensmitteleverorgung vorzubringen. Beifolgende wurden laut darüber, daß die Kartoffelverhandlungen für die Schwerarbeiter von Oktober bis Dezember v. J. nicht eingeleitet worden seien, daß seitens der Futterver-waltung nicht mehr wie früher Gruppen und Rubeln angegeben werden und auch darüber, daß bei der Fett-ausgabe die Frauen zu lange warten müssen. Dem Arbeiter wurde zugesagt, daß die Kartoffelverhandlungen für Dezember jederzeit im Landwehramt gegen jetzt gültige Karten an-gesandt werden können; diese werden beim Bürgermeister neuer Zustehen sofort am Bahnhof einbezogen werden. Der Arbeiter wurde eine Sonderausweisung von Gruppen und Rubeln gemacht. Beim Fettverkauf wird besagt werden, das Fett für zwei Wochen auf einmal auszugeben.

Wünschelrute, 21. Januar. Die Straße. Nach beendeter Schicht beabsichtigte der Arbeiter Genosse Material auf dem Weg zum Hause zu sammeln. Da die Bewachung nicht zum Vorhandensein war, so wurde der Arbeiter festgehalten, er erhielt daraufhin die Anweisung, die Straße eines bestimmten Tages auf den Kopf, daß er sofort tot zu sein zu sein. Der Arbeiter wurde eine Sonderausweisung von Gruppen und Rubeln gemacht. Beim Fettverkauf wird besagt werden, das Fett für zwei Wochen auf einmal auszugeben.

Gingefandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir die besten Aufsätze aus unserer Zeitschrift, für die wir uns die freigestellte Übersetzung vorbehalten.)

Die Kohlenversorgung.

Die Kohlenversorgung in unserem Bezirk hat sich nicht, soviel ich weiß, noch nicht ein bisschen bessergestellt. ...

Der Lehrer-Gesangsverein.

In der am Sonntag den 20. d. M., in Breslau stattgefundenen Versammlung der Vaterlandspartei liegen es ist ...

Auch dem Kircheninspektor Herrn Propst Dede — dem ...

Bücherei.

Eben Gedra in Bagdad. Das mit Spannung erwartete ...

berungstun die Jahrtausende alte Welt Assyriens und Babylonien aus den gewaltigen Trümmerstätten ...

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr mittags ...

Die Kriegserkrankten von auswärts. Sie haben recht. Die Kriegserkrankten ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

Tragener Sch. Ueber die Frage: „Ruh ist nachbieten“ haben sie ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

W. in Gammelsdorf. Rehr, Ihre Frau kann nicht kommen. ...

Die Volkswacht ist der treueste Freund der Arbeiter und der Bürger!

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Advertisement for 'Konsum- und Sparverein „Vorwärts“' with details about membership and savings.

Large directory of businesses and services including restaurants, shops, and professionals.